



Der Anschluss bedeutete Veränderungen, die nicht in jedem Fall positiv gesehen wurden. Neue Angebote auf dem Handelsmarkt brachten auch neue Preise für die „alten“ Produkte und Dienstleistungen. Bereits wenige Tage nach dem Anschluss begannen die Diskussionen um die Probleme. Aber nur wenige Jahre später prägten aktuelle Kleidermoden und Industrieprodukte das Stadtbild von Homburg neu.

Arbeitnehmer streikten gegen überhöhte Preise

Ruhiger Verlauf — Neue Bemühungen der Regierung

Saarbrücken, 9. Juli (Eig. Bericht). — Am Donnerstag wurde im ganzen Saarland ein einstündiger Proteststreik durchgeführt, zu dem vom DGB aufgerufen und der von den Christlichen Gewerkschaften unterstützt wurde. Wie aus Berichten aus dem ganzen Land hervorgeht, wurde der Streikaufruf nahezu geschlossen von den Arbeitnehmern befolgt. Der Regierung gelang es am Donnerstag, in Verhandlungen mit der Straßenbahn, eine Herabsetzung der Tarife zu erreichen.

Das saarländische Kabinett tagte innerhalb von vierundzwanzig Stunden zweimal wegen der angespannten Preissituation. Obwohl, wie es in einer Erklärung der Staatskanzlei vom Donnerstagvormittag heißt, festgestellt werden konnte, daß bereits erhebliche Fortschritte zur Erreichung eines gerechten Preisstandes erzielt wurden, seien nach wie vor mangelnde Einsicht oder gar Eigennutz geeignet, den reibungslosen Übergang in die veränderte wirtschaftliche Situation zu erschweren. Auf die Kreise der gewerb-

lichen Wirtschaft werde der Ministerrat seine weiteren Anstrengungen konzentrieren. Er hatte zu der Sitzung, als Vertreter der Direktion und des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal Oberbürgermeister Schuster, Bürgermeister Schneider und Straßenbahndirektor Wilzer eingeladen, die schließlich eine Reduzierung der Fahrpreise zusagten.

Ab Freitag kosten Einzelfahrscheine der Klasse I (ohne Umsteigen) 30 anstatt bisher 40 Pfennige. Bei Benutzung von Fahrscheinheften wird sich der Preis des Einzelfahrscheines für die 2. bis 4. Klasse jeweils um 10 Pfennige reduzieren. Aus technischen Gründen kann die Neuregelung für



Donnerstag, den 9. Juli 1959, Nummer 154

Scharfe Mißbilligung der Preisentwicklung

Gewerkschaften drohen mit Käuferstreik

Vr. Saarbrücken, 8. Juli (Eig. Bericht). — „Ich habe gar kein Verständnis dafür, daß sich in Ausnutzung des Tages X Preisauswüchse bemerkbar gemacht haben, die ich auf das schärfste mißbillige. Dadurch ist sehr viel Mißstimmung in der Bevölkerung entstanden“, sagte Ministerpräsident Dr. Röder am Mittwoch nach der Kabinettsitzung vor saarländischen Journalisten.

Das Kabinett habe sich im wesentlichen mit der Frage der Preisentwicklung seit dem Tage X beschäftigt und alle Maßnahmen erwogen, die von seiten der Regierung möglich sind. Sie werde nichts unterlassen und sie werde überall dort ihren Einfluß mit Härte geltend machen, wo das möglich sei. Wo die Regierung den Einfluß nicht habe, könne sie nur an den Anstand appellieren.

Finanzminister Dr. Schäfer hatte vorher darauf verwiesen, daß in der Bundesrepublik grundsätzlich Preisfreiheit bestehe und die Regierung beim Handel keine rechtliche Möglichkeit habe einzuschreiten. Er habe jedoch seit Montag eine Reihe von Besprechungen gehabt, so u. a. mit den Nahverkehrsbetrieben und dem Bäckerverband. Mit Vertretern weiterer Spitzenverbände werde noch verhandelt. — Er sei davon überzeugt, daß in den nächsten Tagen Preiskorrekturen vorgenommen würden; es hätte sich bereits eine Tendenz nach unten bemerkbar gemacht. Es sei in der Tat schwer, für alle Waren sofort die angemessenen Preise zu errechnen und mancher Kaufmann habe bei der Umstellung die richtigen Preise nicht gekannt. Die Mehrzahl der Kaufleute habe sich korrekt verhalten.

Außerordentlich schwierig stelle sich die Situation bei den Nahverkehrsbetrieben. Das Wirtschaftsministerium könne neue Preise nur dann verweigern, wenn eine Preiserhöhung die Kostendeckung nachweislich überschreite. Die Regierung habe daher für die Erhöhung der Straßenbahnpreise nur eine vorläufige Genehmigung erteilt. Es schwebte z. Z. noch ein Verwaltungsgerichtsverfahren der Nahverkehrsbe-

triebe gegen das Wirtschaftsministerium, weil dieses im November 1958 eine Preiserhöhung ablehnte. Die Straßenbahnen hätten nachgewiesen, daß die Umstellung der Preise nicht generell 1:100 vorgenommen wurde; bei Einzelfahrscheinen ja, bei Sammelfahrscheinen jedoch nicht.

Dr. Schäfer beschäftigte sich auch mit der Frage der Preise für Marktordnungsgüter wie

Letzte Meldung

Proteststreik des DGB

Saarbrücken, 8. Juli Als Protest gegen die wucherische Preisfreiheit und den sozialen Abbau im Saarland hat — wie uns vom Landesverband Saar des DGB nach Redaktionsschluß mitgeteilt wurde — der DGB Saar auf anhaltende Forderung der Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften die Arbeitnehmer sämtlicher saarländischer Betriebe zu einem einstündigen Proteststreik am Donnerstag, dem 9. Juli, von elf bis zwölf Uhr aufgerufen. Der DGB Saar erwartet von dieser solidarischen Protestaktion der saarländischen Arbeitnehmer als erste Wirkung einen raschen fühlbaren Abbau der übersteigerten Preise.

Zucker, Getreide usw. Hinsichtlich der im Saarvertrag festgelegten zollfreien Einfuhr von derartigen Produkten aus Frankreich an die Saar hat die Bundesregierung eine elastische Regelung der Abschöpfung zugesagt. Einzelheiten für den Streik seien noch nicht bekannt.



König Baudouin von Belgien ist am Mittwoch in Saarbrücken eingetroffen. Er wurde auf dem Marktplatz von Bernhard begrüßt. Große Menschenmengen bereiten dem König einen

Mageres Ergebnis

Einigung über diplomatische Vertretung

DRAHTBERICHT UNSERER PARISER REDAKTION

R.W. Paris, 8. Juli

Mit einer Massendemonstration im Stadtzentrum von Tananarive, wo General de Gaulle vier Tage zuvor in einer Programmrede die Grundprinzipien der französisch-afrikanischen Gemeinschaft festgelegt hatte, fand die vierte Tagung des Exekutiv-

